



**AUSSENMINISTERIUM DES
PLURINATIONALEN STAATES BOLIVIEN**



PRESEMITTEILUNG - ANKLAGE

Die Regierung des Plurinationalen Staates Bolivien klagt gegenüber der Weltgemeinschaft die Aggression gegen die Regierung des Plurinationalen Staates Bolivien und ganz spezifisch gegen den Präsidenten Evo Morales Ayma an. Die Aggression manifestiert sich im überraschenden Entzug der Überflug- und Landeerlaubnis der Präsidentenmaschine Falcon 900 FAB 001 am heutigen Tag, 2. Juli 2013. Die Präsidentenmaschine befand sich auf dem Rückflug, nach der Teilnahme des Staatsoberhauptes und seiner Begleitdelegation am „Zweiten Forum der gasexportierenden Länder“, die in der Russischen Föderation stattfand.

Die bolivianische Regierung klagt gegenüber der Weltgemeinschaft an, dass der Entzug der Überflugerlaubnis für die Präsidentenmaschine durch die Länder Frankreich und Portugal ein unfreundlicher Akt und eine offenkundige Aggression darstellt.

Die portugiesische Regierung teilte die Rücknahme der Überflug- und der Landeerlaubnis mit, später modifizierte sie ihre Entscheidung und genehmigte lediglich den Überflug. Dadurch wurde eine notwendige technische Zwischenladung (Betanken etc) unmöglich gemacht.

Die Republik Frankreich entzog die Überflugerlaubnis, als sich der bolivianische Staatsoberhaupt nur wenige Minuten vor dem Einflug in den französischen Luftraum befand.

Die Haltung dieser beiden Länder stellt eine Verletzung gültiger internationaler Vereinbarungen dar und einen Angriff gegen das Leben und die Sicherheit eines Staatsoberhauptes, weil dadurch eine Notlandung in der Republik Österreich und eine Neuplanung des Rückfluges von Präsident Morales erzwungen wurde. Natürlich entstehen dadurch auch Schäden für das Ansehen des Amtes des Präsidenten.

Für die Regierung des Plurinationalen Staates Bolivien sind diese Verhaltensweisen diskriminierend und sollen eine Einschüchterung sein; sie haben ihre Grundlage in unbegründeten und böswilligen Verdächtigungen, dass sich in der Präsidentenmaschine der nordamerikanische Staatsbürger Edward Snowden befinden könnte.

La Paz, 2. Juli 2013